

LANGUAGE:	DE
CATEGORY:	ORIG
FORM:	F24
VERSION:	R2.0.9.S02
SENDER:	ENOTICES
CUSTOMER:	iuscomm
NO_DOC_EXT:	2018-021210
SOFTWARE VERSION:	9.6.5
ORGANISATION:	ENOTICES
COUNTRY:	EU
PHONE:	/
E-mail:	zentrale@iuscomm.de
NOTIFICATION TECHNICAL:	YES
NOTIFICATION PUBLICATION:	YES

Konzessionsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/23/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Stadt Schrozberg
Kraillshausener Straße 15
Schrozberg
74575
Deutschland
Kontaktstelle(n): Thomas Poeschik
E-Mail: thomas.poeschik@schrozberg.de
NUTS-Code: DE11A

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://www.stadt-schrozberg.de/>

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.deutsche-evergabe.de/>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

iuscomm Rechtsanwälte - Schenek und Zimmermann Partnerschaftsgesellschaft mbB
Panoramastraße 33
Stuttgart
70174
Deutschland

Kontaktstelle(n): Kai-Markus Schenek

Telefon: +49 711/2535939-49

E-Mail: schenek@iuscomm.de

Fax: +49 711/2535939-27

NUTS-Code: DE11

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.iuscomm.de>

Bewerbungen oder gegebenenfalls Angebote sind einzureichen elektronisch via: <http://www.deutsche-evergabe.de/>

Bewerbungen oder gegebenenfalls Angebote sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen
Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter: <http://www.deutsche-evergabe.de/>

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

- II.1) **Umfang der Beschaffung**
- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**
Überlassung einer passiven Infrastruktur zur Sicherstellung einer flächendeckenden NGA-Breitbandversorgung (FTTB) im Wege der Dienstleistungskonzession auf Gemarkung der Stadt Schrozberg
- II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**
32571000
- II.1.3) **Art des Auftrags**
Dienstleistungen
- II.1.4) **Kurze Beschreibung:**
Der Auftraggeber beabsichtigt, die geförderte hochleistungsfähige Telekommunikationsinfrastruktur (Next-Generation-Access-Netz; nachfolgend „passive Infrastruktur“ genannt) zu errichten. Im Rahmen der Maßnahme ist die Verlegung von ca. 290 km Glasfaserleitungen vorgesehen. Über die passive Infrastruktur werden ca. 960 Gebäude mit FTTB angeschlossen, was die Versorgung der erschlossenen Haushalte und Unternehmen mit Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s ermöglicht. In den Ausbaugebieten sind ca. 1200 Haushalte vorhanden. Im Projektgebiet müssen mindestens 85% der Haushalte mit mindestens 50 Mbit/s versorgt werden. Die verbleibenden 15 % müssen mit mindestens 30 Mbit/s versorgt werden. Die Anzahl der Gewerbebetriebe im Ausbau-/Gemeindegebiet beträgt ca. 430 (Anm. kleinere Gewerbebetriebe können bereits bei den Haushalten dabei sein). Weitere Hinweise sind den Teilnahmeunterlagen zu entnehmen.
- II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**
Wert ohne MwSt.: 7 000 000.00 EUR
- II.1.6) **Angaben zu den Losen**
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**
- II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**
- II.2.3) **Erfüllungsort**
NUTS-Code: DE11A
Hauptort der Ausführung:
Gemeindegebiet der Stadt Schrozberg
- II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**
Betrieb und Erbringung von Endkundendiensten im Wege der Pacht über einer hochleistungsfähigen Telekommunikationsinfrastruktur (N(ext)G(eneration)A(ccess)-Netz) auf Gemarkung der Stadt Schrozberg
- II.2.5) **Zuschlagskriterien**
Die Konzession wurde vergeben auf der Grundlage der nachstehenden Kriterien:
- Kriterium: Netzpacht - 40%
 - Kriterium: Versorgungskonzept - 50%
 - Kriterium: Servicekonzept - 10%
- II.2.6) **Geschätzter Wert**
Wert ohne MwSt.: 7 000 000.00 EUR
- II.2.7) **Laufzeit der Konzession**
Laufzeit in Monaten: 144
- II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:

- Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit gemäß Formblatt Ziffer 8. zur Bewerbung
- Angabe eines verantwortlichen Ansprechpartners gemäß Formblatt Ziffer 15. zur Bewerbung
- Eigenerklärung darüber, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) nicht vorliegen gemäß Formblatt Ziffer 16.
- Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt gemäß Formblatt Ziffer 17. zur Bewerbung
- Eigenerklärung über das Vorliegen einer Meldebestätigung nach § 6 TKG.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:

- Eigenerklärung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssumme für Personenschäden in Höhe von mindestens 5,0 Mio. EUR je Einzelfall, für Personen- und Sachschäden im Falle der Zuschlagserteilung.
- Erklärung zu den Jahresabschlüssen und zur Umsatzentwicklung nebst Eigenkapitalveränderung der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre gemäß Formblatt Ziffer 7. zur Bewerbung. Der Gesamtumsatz muss dabei mindestens 5,0 Mio. EUR netto (ohne MwSt.) betragen haben. Außerdem ist der Umsatz der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre anzugeben, der mit dem Ausschreibungsgegenstand vergleichbaren Leistungen erzielt wurde. Der Gesamtumsatz der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, der mit vergleichbaren Leistungen erzielt wurde, muss dabei mindestens 2,5 Mio. EUR netto (ohne MwSt.) je Geschäftsjahr betragen haben.
- Vorlage einer aktuellen Wirtschaftsauskunft bzw. Bonitätsbeurteilung (z.B. durch Creditreform AG, Banken oder vergleichbar)

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:

- Eigenerklärung zum Firmenprofil gemäß Formblatt Ziffer 9. zur Bewerbung
- Erklärung über die Mitarbeiter derzeit und im Durchschnitt der letzten 3 Jahre sowie Erklärung über die Anzahl der technischen Fachkräfte, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen (Erl.: Technische Fachkräfte in diesem Sinne sind die in dem für den Ausschreibungsgegenstand relevanten Bereich qualifizierten Mitarbeiter). Für die Erklärung ist das Formblatt Ziffer 10. zur Bewerbung zu verwenden. Ferner ist auf einem gesonderten Beiblatt die jeweilige Qualifikation und Berufserfahrung der technischen Fachkräfte zu benennen, die für die Leistungserbringung eingesetzt werden sollen. Bei einem Austausch der Mitarbeiter im Laufe des Projektes müssen auch die jeweils ersetzenden technischen Fachkräfte über vergleichbare Qualifikationen und Berufserfahrung im Vergleich zu dem ersetzten Mitarbeiter verfügen!
- Darstellung der Referenzen gemäß Formblatt Ziffer 11. zur Bewerbung
- bei beabsichtigter Beauftragung von Unterauftragnehmern: Benennung der Leistungen des Auftrages, die an Unterauftragnehmer vergeben werden sollen gemäß Formblatt Ziffer 12. zur Bewerbung

- bei der Bildung von Bewerbergemeinschaften: Beschreibung der Aufgabenteilung gemäß Formblatt Ziffer 14. zur Bewerbung

III.1.5) **Angaben über vorbehaltene Konzessionen**

III.2) **Bedingungen für die Konzession**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

III.2.2) **Bedingungen für die Konzessionsausführung:**

Die Vorgaben der Richtlinie "Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland, der "Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des Aufbaus einer flächendeckenden Next Generation Access (NGA-) Breitbandversorgung" sowie der EU-Leitlinien zum schnellen Breitbandausbau sind zu beachten. Das Projekt steht unter dem Vorbehalt einer Förderbewilligung. Der Beginn der Bauleistungen steht unter dem Vorbehalt der Freigabe des Baubeginns durch den Mittelgeber. Im Übrigen sind sämtliche Auflagen und Vorgaben aus dem dem Projekt zugrundeliegenden Förderbescheid zu beachten.

III.2.3) **Angaben zu den für die Ausführung der Konzession verantwortlichen Mitarbeitern**

Abschnitt IV: Verfahren

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.2) **Schlussstermin für die Einreichung der Bewerbungen oder den Eingang der Angebote**

Tag: 12/03/2018

Ortszeit: 11:00

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

Aufträge werden elektronisch erteilt

Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert

Die Zahlung erfolgt elektronisch

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Zur Einreichung der Teilnahmeanträge sind die Vorgaben gemäß den Ausschreibungsunterlagen zu beachten, auf die ergänzend verwiesen wird. Im Übrigen wird klargestellt, dass mit diesem Teilnahmewettbewerb keine Verpflichtung des Auftraggebers zum Abschluss eines Netzbetriebsvertrages entsteht. Das Projekt steht insbesondere unter dem Vorbehalt einer Gewährung der beantragten Fördermittel. Der Auftraggeber übernimmt daher keine Kosten, die Bietern im Zusammenhang mit der Teilnahme entstehen.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Baden-Württemberg

Kapellenstr. 17

Karlsruhe

76131

Deutschland

Telefon: +49 721/926-4049

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Fax: +49 721/926-3985

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein Antragsteller hat einen von ihm festgestellten Verstoß gegen Vergabevorschriften nach Erkennen unverzüglich zu rügen. Lehnt die Vergabestelle es ab, der Rüge abzuweichen, so muss der Antragsteller innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, dieser Rüge nicht abzuweichen, den Antrag auf die Einleitung eines Vergabenachprüfungsverfahrens stellen (vgl. § 160 GWB).

Die Vergabestelle wird vor Zuschlagserteilung die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollten, hiervon in Textform in Kenntnis setzen. Ein Vertrag darf erst 15 Tage nach Absendung dieser Information, bei Mitteilung durch Fax oder auf elektronischem Wege erst 10 Kalendertage nach der Absendung dieser Information geschlossen werden (vgl. § 134 GWB).

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

07/02/2018